



**Wahlprogramm  
der CSU im Landkreis Ebersberg  
für die Kreistagswahl 2008**

**Politik für den Landkreis Ebersberg und seine  
Menschen**

**zukunftssicher, innovativ, lebendig, menschlich**

## **EBE – Markenzeichen für Spitzenleistung und pulsierendes Leben**

Der Landkreis Ebersberg befindet sich seit Jahren in der absoluten Spitzengruppe der deutschen Landkreise. Diesen Erfolg haben die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Arbeit, ihrem Einsatz, ihrem Unternehmensgeist und ihrem Ideenreichtum geschaffen. Die CSU setzt dafür die richtigen Rahmenbedingungen, indem sie nicht auf Bürokratie, Bevormundung und große Institutionen setzt, sondern im Sinne des christlichen Menschenbildes auf Freiheit, Verantwortung und Solidarität.

In allen Umfragen in den Jahren 2004 bis 2007 zur Zukunftsfähigkeit der 439 deutschen Stadt- und Landkreise hinsichtlich standortrelevanter Kriterien wie Bruttoinlandsprodukt, Pro-Kopf-Einkommen, Angebot an weiterführenden Schulen, Kinderbetreuung oder auch weichen Standortfaktoren wie Erholungsmöglichkeiten hat der Landkreis Ebersberg in einem bundesweiten Ranking Plätze von 1 bis 11 belegt.

## **CSU näher am Menschen**

Die CSU ist tief in der Bevölkerung verwurzelt. Sie hat gerade in der Kommunalpolitik das Ohr nahe beim Bürger und kennt seine Bedürfnisse, Sorgen und Wünsche. Sie gestaltet zukunftsfähige Politik und sucht einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Mit dieser Nähe zum Menschen fördert die CSU den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, bewahrt die Traditionen und dient damit dem sozialen Frieden.

Das Bedürfnis vieler Menschen nach Verwurzelung in einer sich dramatisch verändernden Welt richtet sich in besonderem Maße an das heimatliche Umfeld, das maßgeblich von Gemeinde und Kreis verkörpert wird.

## **Demografischen Wandel bewältigen**

In den kommenden Jahrzehnten wird der demographische Wandel auch den Landkreis Ebersberg treffen. Die Bevölkerung im Landkreis Ebersberg wird auch über das Jahr 2025 hinaus – vor allem wegen des anhaltenden Zuzugs aus dem gesamten Bundesgebiet – weiter wachsen; in den nächsten Jahrzehnten wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der jungen und der älteren Generation im Landkreis Ebersberg nachhaltig verändern. Zwischen dem Jahr 2005 und dem Jahr 2025 wird sich der Anteil der über 60-jährigen um 35,6 % oder rund 10.000 Personen erhöhen.

Die CSU nimmt die Auswirkungen des demographischen Wandels als Herausforderung für die Kommunalpolitik mit voller Kraft an. Dies macht nicht nur eine Anpassung der Sozialversicherungssysteme, sondern auch eine Neuausrichtung der Kommunalpolitik erforderlich.

## **Siedlungsentwicklung vernünftig gestalten**

Anhaltend ziehen viele Menschen aus allen Teilen Bayerns und des gesamten Bundesgebietes in unseren attraktiven Landkreis. In den vergangenen sechs Jahren ist die Bevölkerung des Landkreises Ebersberg um weitere 5.000 Einwohner auf nunmehr knapp 126.000 Einwohner gewachsen.

Die CSU legt Wert darauf, dass die Verantwortung für die Bauleitplanung auch künftig bei den Städten und Gemeinden des Landkreises verbleibt. Das Recht auf Bauleitplanung sollten die Gemeinden im südlichen Landkreis für eine behutsame Ausweisung von Gewerbegebieten nutzen können. Anhaltend hoher Flächenverbrauch gehört zu den großen, bisher unbeantworteten Herausforderungen unserer Zeit.

## **Ortsumgehungen für Kirchseeon/Eglharting und Steinhöring**

Die B 304 stellt im Landkreis Ebersberg die zentrale Straßenverkehrsachse dar. Nach der Fertigstellung der Ortsumgehungen von Zorneding und Ebersberg müssen die Planungen für die Ortsumgehungen von Eglharting/Kirchseeon und Steinhöring wieder aufgenommen werden. Die CSU unterstützt die Wiederaufnahme dieser Straßenbaumaßnahmen in den „vordringlichen Bedarf“ des Bundesfernstraßenplans; unter Rot/GRÜN waren diese Projekte in den „weiteren Bedarf“ herabgestuft worden.

## **Fernverkehr gehört auf Autobahnen**

Die Überlastung des Autobahnstrings A 99 wirkt sich schon jetzt in Form von Ausweichverkehr auf das Straßennetz im Landkreis Ebersberg aus. Es kann auf Dauer nicht hingenommen werden, dass der gesamte Umgehungsverkehr Münchens ausschließlich im Osten und Norden abgewickelt wird. Die CSU fordert daher zusammen mit den Gemeinden im Norden und Osten Münchens den Ringschluss des Autobahnstrings im Süden und Westen Münchens. Die CSU tritt für den schnellstmöglichen Bau der A 94 auf der Trasse Dorfen ein. Die sog. Trasse Haag ist keine Alternative und würde die dringend notwendige Fertigstellung der A 94 um weitere Jahrzehnte verzögern.

## **Sanierung der Staatsstraßen**

Die CSU verlangt die längst überfällige Sanierung der Staatsstraßen im Landkreis Ebersberg. Eine Verlegung der Staatsstraße 2080 im Ebersberger Forst kommt, wenn überhaupt, nur in Frage, wenn der nicht mehr benötigte Straßenkörper zurückgebaut wird und der Netto-Flächenbedarf durch eine Verlegung nicht ansteigt. Die CSU tritt für eine Ortsumgehung von Landsham/Pliening im Zuge der Staatsstraße 2082 ein und unterstützt die Stadt Grafing bei einer zeitnahen Verwirklichung der Ortsumgehung der Staatsstraße 2080.

## **Ausbau der Kreisstraßen**

Beim Kreisstraßennetz muss der überfällige Ausbau der EBE 9 zwischen Grafing und Jakobneuharting fertiggestellt werden. Wegen ihres erheblichen Entlastungseffekts setzt sich die CSU für den Bau einer Ortsumgehung von Weißenfeld im Zuge der EBE 4 in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Vaterstetten ein.

## **Personenahverkehr stärken**

Ein funktionierender öffentlicher Personahverkehr ist ein grundlegendes Erfordernis. Eine hohe Frequenz reduziert die Notwendigkeit für Individualverkehr, der sowohl klimaschädlich als auch für Anwohner belastend ist.

Beim Schienenverkehr begrüßt die CSU den Einsatz von Express-S-Bahnen von Markt Schwaben zum Ostbahnhof. Sie fordert den alsbaldigen viergleisigen Ausbau der S-Bahn vom Ostbahnhof bis Markt Schwaben sowie den Ringschluss über Erding zum Flughafen München.

Die CSU wünscht eine wirtschaftlich sinnvolle Ausweitung des bedarfsorientierten Bussystems an Sonn- und Feiertagen auch in den davon bisher noch nicht abgedeckten Teilen des Landkreises.

## **Förderung von Handwerk, Mittelstand, Handel**

In unseren Städten und Gemeinden werden die Weichen für das weitere Wachstum unserer Wirtschaft und damit für Wohlstand und Arbeitsplätze gestellt. Insbesondere der Mittelstand als Rückgrad unserer Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass vor Ort die richtigen Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovation gesetzt werden. Die CSU setzt sich für eine effiziente Wirtschaftsförderung im Rahmen des Regionalmanagement ein. Eine Gewerbedatenbank soll vollendet und ständig gepflegt werden.

Wir unterstützen eine mittelstandsgerechte Novellierung des Vergaberechts. Unser Ziel ist, dass die für große Projekte entwickelten EU -Vorschriften auch nur für große Projekte angewendet werden müssen. Wir setzen uns daher für eine auf qualitative Aspekte abzielende und mittelstandsgerechte Vereinfachung des Vergaberechts ein. Bei der Vergabe von kommunalen Bauaufträgen unterhalb der EU -Schwellenwerte sollen die Kommunen von unnötiger vergaberechtlicher Bürokratie entlastet werden.

## **Vernetzung von Betrieben und Schulen**

Eine stärkere Vernetzung der Betriebe mit den Schulen soll schon während der Schulzeit zur besseren Orientierung über den Arbeitsmarkt führen und die Notwendigkeit berufsvorbereitender Praktika nach Abschluss der Schulbildung minimieren. Eine „Generation Praktikum“ hat keine Perspektive. Lokale Lehrstellen - und Praktikabörsen sowie Foren zum Informationsaustausch wie die bereits eingeführte Lehrstellenbörse sollen von Kreisseite initiiert werden. Lehrkräfte und Firmenvertreter können aus ihren Bereichen den Schülern berichten und sie gemeinsam mit ihren derzeitigen Lehrkräften auf Zukünftiges vorbereiten. Betriebe und Berufszweige sollen im Unterricht vorgestellt werden. Firmen sollen dazu bewegt werden, in der Schul- und Ferienzeit Praktika anzubieten. Das an der Hauptschule Markt Schwaben kürzlich eingeführte Mentoring-Projekt bietet hierzu Erfolg versprechende Ansätze.

## **Landwirtschaft – die Herzkammer unserer Heimat**

Die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und hochwertigen Nahrungsmitteln ist nach wie vor die Hauptaufgabe unserer Landwirtschaft. Es gilt der Grundsatz: „Teller vor Tank“; dennoch gewinnt die Land- und Forstwirtschaft bei der Sicherung der Energieversorgung mehr und mehr Bedeutung. Mit nachwachsenden Energien bietet die Landwirtschaft neben der Wasserkraft die konstanteste und wirtschaftlichste regenerative Energieform.

Zur Erhaltung und Pflege unserer Kulturlandschaft brauchen wir auch im 21. Jahrhundert eine bäuerliche Landwirtschaft. Bäuerliche Betriebe sind unverzichtbare Elemente in der Struktur unseres Landkreises. Sie erhalten die Lebensgrundlagen unserer Heimat. Ernährungssicherung, Bereitstellung von regenerativen Energien und Pflege der Kulturlandschaft sind ohne eine kostendeckende Entlohnung auf Dauer nicht zu gewährleisten.

Agrarpolitik wird seit Jahrzehnten in Brüssel und nicht immer zum Vorteil unserer landwirtschaftlichen Betriebe gemacht. Auch in unserem Landkreis hat unter dem aufgebauten wirtschaftlichen Druck der Strukturwandel und damit die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben dramatische Formen angenommen. Diese Zielsetzung unterstützen wir:

- Förderung von regionalen Vermarktungsstrukturen, z.B. mit dem „Ebersberger Land“ im Verbund mit dem Netzwerk „Unser Land“.
- Vergaberechtskonformer Abschluss von Lieferverträgen zur Lieferung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen wie Holzhackschnitzel, Stroh oder Biogasanlagen für kreiseigene Gebäude. Mit der Energieversorgung für die Landwirtschaftsschule und den Straßenbauhof sowie das Gymnasium in Kirchseeon hat der Landkreis eine Vorreiterfunktion übernommen.
- Übertragung kommunaler Aufgaben an Landwirte, die diese als Dienstleistung erbringen und dafür eine angemessene Bezahlung erhalten. Dies geschieht z.B. schon bei der Biokompostierung, der Grünabfallsammlung sowie anderen Pflegeaufträgen.
- Weitere Angebote im Vertragsnaturschutz für Landwirte.
- Verwendung von Holz bei kommunalen Bauten.
- Rücksichtnahme bei behördlichem Handeln auf die besonderen Bedingungen der Landwirtschaft.

## **Umweltpolitik – sparsamer Umgang mit Naturgütern und Energie**

Nachhaltige Umweltpolitik ist ein zentrales Thema für die CSU. Neben der Klimaänderung sind zu hoher Energieverbrauch, Flächenverbrauch, die Sicherung der Trinkwasserversorgung und der Erhalt der Artenvielfalt nur einige Beispiele für die große

Spannweite der Umweltpolitik. Die Pflege unserer Kulturlandschaft liegt zu einem großen Teil auch in der Zuständigkeit der Kommunen. Gemeinsam mit der Landwirtschaft und dem Landschaftspflegeverband kann dies effektiv umgesetzt werden.

Der Energieverbrauch ist in den letzten Jahrzehnten auch im Landkreis Ebersberg stark angestiegen. Nicht nur wegen der unbestrittenen Klimaänderung, sondern auch wegen der Begrenztheit der fossilen Energien ist ein Umdenken unumgänglich. Der Landkreis Ebersberg hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden. Der vom Regionalmanagement des Landkreises herausgegebene Energiewegweiser gibt den Bürgern wertvolle Tipps und weist auf Beratungsmöglichkeiten zu Energieeinsparung und Verwendung neuer Technologien hin. Die Erstberatung wird finanziell unterstützt. Die CSU schlägt insbesondere folgende Maßnahmen in der Umweltpolitik vor:

- Der hohe Kohlendioxidausstoß wird durch Energieeinsparung und Mix aus regenerativen Energieträgern zurückgefahren.
- Die Modernisierung der Heizungsanlagen, Einsparmaßnahmen, die Nutzung neuer Technologien, aber auch die Umweltbildung werden gefördert.
- Der rasch voranschreitenden Flächeninanspruchnahme wird durch die Unterstützung des Bündnisses zum Flächensparen entgegengewirkt.
- Die Trinkwasserversorgung bleibt Daseinsvorsorge der Kommunen. Die Privatisierung der Wasserversorgung wird abgelehnt.
- Es sind Anreize zum Wassersparen und zur Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser zu schaffen.
- Die Artenvielfalt wird durch die Vernetzung von Biotopen gefördert.
- Der Vertragsnaturschutz hat Vorrang vor hoheitlichen Eingriffen.

## **Abfallwirtschaft – unseren „Ebersberger Weg“ fortführen**

In der Abfallwirtschaft tritt die CSU dafür ein, den „Ebersberger Weg“ der konsequenten Müllvermeidung, Wertstoffsammlung und –Trennung mit unseren Bürgern weiterzugehen. Es hat in der Vergangenheit viel Überzeugungsarbeit gebraucht, um bei den Menschen eine Änderung der Abfallmentalität zu erreichen. Das Ergebnis kann



sich sehen lassen. Das Restmüllaufkommen ist von 52.000 t im Jahr 1988 auf eine stabile Jahresmenge von rund 16.000 t gesunken. Beim Verwertungsanteil am Gesamtabfallaufkommen nimmt der Landkreis Ebersberg mit 77,3 % bundesweit einen Spitzenplatz ein. Der Restmüll darf auf Grund einer Bundesverordnung seit dem 01.06.2005 nicht mehr auf unserer Deponie „An der Schafweide“ endgelagert werden. Seitdem wird unser gesamter Restmüll in Ingolstadt in einer hochmodernen thermischen Verwertungsanlage verbrannt. Dabei wird Elektrizität und Wärme für Großverbraucher im Großraum Ingolstadt gewonnen. Die von Rot/GRÜN favorisierte Alternative wäre die Verwertung in einer sogenannten mechanisch-biologischen Anlage gewesen. Dazu hätte unser gesamter Müll zunächst durch Oberbayern in den westlichen Zipfel des Landkreises Weilheim-Schongau gefahren, dort zu 50 % abgeseiht, der organische Teil nach einem Verrottungsprozess wieder nach Ebersberg auf die Schafweide zurückgefahren und die anderen 50 % in einer Müllverbrennungsanlage verbrannt werden sollen. Die CSU und der Landrat haben diesen ökologischen und wirtschaftlichen Unsinn verhindert. Die Verwertung unseres Restmülls in der MVA-Ingolstadt ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch noch um mehr als 30 € pro Tonne günstiger. Weil das überflüssige Deponievolumen bei dieser Lösung auch noch wirtschaftlich verwertet werden kann, wird trotz der Kosten der Verbrennung die Entsorgungsumlage für die Gemeinden und damit die Müllgebühren für die Bürgerinnen und Bürger stabil gehalten werden können. In der Abfallpolitik ist künftig insbesondere Folgendes zu beachten:

- Der „Ebersberger Weg“ ist auch unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen der Restmüllbehandlung fortzusetzen.
- Die Verfüllung der Deponie „An der Schafweide“ wird im Laufe des Jahres 2009 abgeschlossen und geht in die sogenannte Nachsorgephase über.
- Die dezentrale Kompostierung von Biomüll soll beibehalten werden. Die Neuregelung des Vertragsverhältnisses mit den Kompostlandwirten ist EU-Vergaberechtskonform umzusetzen.
- Die Strategien der Müllvermeidung, Mülltrennung und der Ausbau von Mehrwegsystemen sind intelligent zu organisieren und wechselnden Rahmenbedingungen ständig anzupassen; der Bürger ist dabei aktiv einzubinden.

## **Kreisklinik – medizinische Spitzenposition ohne Finanzdefizit**

Ein wichtiger Baustein in der Infrastruktur unseres Landkreises ist die Kreisklinik Ebersberg. Unsere Klinik wird seit dem 01.01.2002 privatwirtschaftlich als eine gemeinnützige GmbH im Alleineigentum des Landkreises geführt. Diese Führungsstruktur hat sich bewährt. Die Kreisklinik Ebersberg ist eines der ganz wenigen Häuser in Bayern, das im laufenden Betrieb schwarze Zahlen schreibt und nicht mit einem Defizit dem Kreishaushalt zur Last fällt. Wichtige, aber sehr teure Anschaffungen konnte und kann die Klinik aus eigener Kraft finanzieren. Dies ist eine beeindruckende Leistung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Medizin, Pflege und Verwaltung. Seit 1992 wird unsere Klinik grundlegend umgebaut und saniert. Wenn die Sanierung bis zur Mitte des kommenden Jahrzehnts abgeschlossen sein wird, verfügt der Landkreis in allen Bereichen über eine hochmoderne, allen Ansprüchen aus Medizin, Technik und Komfort für den Patienten genügende Klinik. Ende des Jahres 2007 konnten die Bauabschnitte IV – VI im Beisein von Sozialministerin Christa Stewens eingeweiht werden. Für die Zukunft fordert die CSU:

- Die Kreisklinik wird als privatisiertes Unternehmen in kommunaler Trägerschaft im Eigentum des Landkreises weitergeführt.
- Stärkung des Verbundes mit anderen oberbayerischen, kommunalen Kliniken.
- Zügiger Abschluss der Generalsanierung.
- Verbesserung der Parksituation im Umfeld der Kreisklinik durch Bau eines Parkdecks.

## **CSU – die Bildungspartei im Landkreis**

Auf der Basis unserer Prognosen zur Schülerzahl an den weiterführenden Schulen hat der Kreistag auf Vorschlag des Landrats mit den Stimmen der CSU gegen den erbitterten Widerstand von Rot/GRÜN ein Paket zur Schulentwicklung im Landkreis Ebersberg beschlossen. Dieses enthält die G 8-Ertüchtigung und maßvolle Erweiterung und Modernisierung der drei bestehenden Gymnasien sowie den Neubau eines vierten Gymnasiums. Auch für die Realschulen des Landkreises wurde ein ve r-

gleichbarer Beschluss gefasst. Im Ergebnis wurden die Erweiterung der Realschule Vaterstetten schon im Jahr 2006 fertiggestellt und die Planung und Erweiterung der Realschule Ebersberg in Auftrag gegeben. Bei den Gymnasien ist die G 8-Ertüchtigung und Erweiterung in Markt Schwaben, Grafing und Vaterstetten schon abgeschlossen. Der Altbestand des Gymnasiums Vaterstetten wird derzeit generalisiert. Das Gymnasium in Kirchseeon wird im Schuljahr 2008/2009 seinen Betrieb aufnehmen.

Die CSU hat die einzig richtige Entscheidung zum Wohle unserer Kinder getroffen. Rot/GRÜN wollte die vorhandenen Gymnasien in Mammut-Schulen ausbauen – mit jeweils 1.600 und mehr Kindern. Die von Rot/GRÜN angezweifelten Prognosezahlen des Jahres 2003 wurden in der Realität der folgenden Jahre sogar noch erheblich übertroffen. Nach diesen Erfahrungen ist festzustellen: Die CSU ist die einzige wirkliche Bildungspartei im Landkreis Ebersberg! Für die künftige Schulentwicklung ist Folgendes anzustreben:

- Ausbau der noch erforderlichen Realschul-Kapazitäten inklusive der Errichtung einer vierten Realschule in Poing.
- Neubau einer FOS/BOS zusammen mit dem Landkreis Erding in zukunftsweisender und energiesparender Architektur.
- Unterstützung der pädagogisch wertvollen Arbeit der Johann-Comenius-Schule Grafing und der Seerosenschule Poing durch den Landkreis als Sachaufwandsträger.
- Bedarfsorientierter Ausbau von Ganztagsangeboten.

## **Vorrang für Familien und Kinder**

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie ist die wichtigste Form des Zusammenlebens, ihrem Schutz fühlt sich die CSU besonders verpflichtet. Denn Familie und Kinder sind Garanten für eine sich fortentwickelnde, menschliche und solidarische Gesellschaft. Deshalb sind alle familienpolitischen Leistungen in den

letzten Jahren auf Bundesebene gerade auf Initiative der CSU entwickelt und politisch durchgesetzt worden (z.B. Erziehungsgeld, Elterngeld). Für die CSU gilt auch auf kommunaler Ebene der Grundsatz: Vorrang für Familien und Kinder!

Wir wollen wieder mehr Kinder. Der dafür entscheidende Teil der Familienpolitik vollzieht sich vor Ort. Wir setzen uns dafür ein, bei allen wesentlichen Entscheidungen und Initiativen die Belange der Familien einzubringen und ein deutliches Zeichen für Familien zu setzen. Die Lebensentwürfe von Männern und Frauen sind heute andere als noch vor einer Generation. Dies gilt es zu respektieren.

Die CSU tritt dafür ein, ein vielfältiges, am Bedarf und am Elternwillen orientiertes Betreuungsangebot zu entwickeln, bei dem der Qualität der pädagogischen Konzepte eine hohe Priorität zukommt. Für Kommunen sind ein qualitativ hochwertiges, bedarfsorientiertes Angebot für die Kinderbetreuung, wie z.B. Krippenplätze, Spielgruppen, Elterninitiativen, Tagesmütter, Kindergärten, Kinderhorte mit familienfreundlichen Öffnungszeiten und damit die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtige Qualitätsmerkmale.

Die CSU steht für die Wahlfreiheit der Familien in der Kinderbetreuung. Deshalb setzen wir uns auch für die Familien ein, die sich dafür entscheiden, ihre Kinder selbst zu betreuen und zu erziehen.

Im Landkreis Ebersberg ist die von Landrat und CSU-Fraktion initiierte Einsetzung einer Familienbeauftragten ein Erfolgsmodell geworden. Auf Anregung des Landrats und der Familienbeauftragten gibt es einen Ebersberger Familientisch, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, im ganzen Landkreis für familienfreundliche Rahmenbedingungen zu sorgen. Ganz aktuell wurde im Landkreis Ebersberg das Modellprojekt „Familienpatenschaften“ installiert. Dabei arbeitet das Jugendamt mit Ehrenamtlichen aus Trägervereinen wie dem Kinderschutzbund zusammen. Die CSU unterstützt die Förderung von Mehrgenerationenhäusern, in denen unter einem Dach Angebote für alle Altersgruppen eingerichtet sind.

## Achtung und Hilfsbereitschaft für Senioren

Der wachsende Anteil älterer Menschen an der Gesamtgesellschaft stellt auch den Landkreis Ebersberg vor neue Herausforderungen. Gleichzeitig sind Senioren mit ihrem Erfahrungsschatz eine große Bereicherung für das kommunale Leben.

Besonderes Augenmerk richten wir auf die Sorge vieler älterer Menschen für den Fall ihrer Pflegebedürftigkeit. Die Statistik weist aus, dass Pflegebedürftigkeit – wenn sie überhaupt eintritt – durchschnittlich erst in den letzten Lebensmonaten besteht. Nicht einmal ein Drittel aller Fälle bedarf davon der Aufnahme in öffentlichen Einrichtungen, weil sich Angehörige um die Pflege kümmern. Diese Bereitschaft zu stärken, dafür Strukturen zu schaffen und bestehende Angebote zu verbessern, muss daher das vordringlichste Ziel unserer Bemühungen sein.

Es gilt: „ambulant vor stationär als Leitlinie unseres Handelns“. Hier sind die vorhandenen Angebote noch zu optimieren, wenn es beispielsweise um fehlende Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege oder um die Intensivierung der Vernetzung von medizinischen, pflegerischen und sozialen Diensten geht. Die Unterstützung des Landkreises soll dazu beitragen, den Diensten die Verbesserung und weitere Verdichtung ihrer schon vorhandenen Angebote zu ermöglichen

Es muss uns gelingen, in unseren Gemeinden und im Landkreis flächendeckend Strukturen zu schaffen, damit sich ältere, nicht mehr berufstätige Menschen im caritativen, kulturellen, ja auch im wirtschaftlichen, politischen und sportlichen Bereich aktiv beteiligen können. Neben den im Landkreis bereits bestehenden Angeboten, wie die Helferkreise, das Mehrgenerationenhaus in Vaterstetten, der Seniorenbeirat in Poing oder das Bürgeraktiv-Büro in Grafing, sollen weitere breitgefächerte, altersgerechte Angebote im Landkreis und in den Gemeinden geschaffen werden.

Über den Gesetzauftrag zur Pflegebedarfsermittlung hinaus sollen im Landkreis Ebersberg die Voraussetzungen für eine breit angelegte seniorenpolitische Initiative im Sinne umfassender Angebote und Maßnahmen aktivierenden und damit auch

präventiven Charakters geschaffen werden. Hierunter könnten z.B. fallen:

- Informationen über offene und versteckte Altersarmut im Landkreis,
- Informationen über die Situation auf dem Wohnungsmarkt für ältere Menschen,
- Informationen über altersgerechte Bildungsangebote.

## **Sozialpolitik – Vorrang für Hilfe zur Selbsthilfe**

Gesundheit und soziale Sicherheit für alle Menschen in unserem Landkreis sind wichtige Voraussetzungen für ein unbeschwertes Zusammenleben. Gerade angesichts des demographischen Wandels ist dies eine große Herausforderung. Freie Wohlfahrtsverbände, Freie Träger und Kirchen erfüllen im sozialen Bereich wichtige Aufgaben wie Betreuung von Suchtmittelabhängigen, Menschen mit psychischen Störungen und Bürgern mit Überschuldungsproblemen. Die CSU unterstützt nachdrücklich das zum großen Teil ehrenamtliche Wirken caritativer Träger.

Staat und Kommune können nicht alle sozialen Probleme lösen. Das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ steht daher im Mittelpunkt der Sozialhilfeverwaltung des Landkreises.

Mit einer Bündelung der Zuständigkeiten für die Hilfe zur Pflege bei den Landkreisen werden zukünftig Synergieeffekte genutzt, damit schneller über Hilfen entschieden werden kann. Außerdem soll damit der Ausbau des ambulanten Bereiches und die Lebensqualität der Menschen mit Pflegebedarf gefördert werden.

Seit Einführung der Grundsicherung im Alter und für Menschen mit andauernder Behinderung haben sich entgegen der Beteuerung von Rot/GRÜN die Kosten für den Landkreis vervierfacht. Es gilt über die kommunalen Spitzenverbände eine Eindämmung der Kostenexplosion der Grundsicherung zu erreichen.

## **Jugendpolitik – Bildungschancen stärken, Vorsorge ausbauen**

Unser besondere Sorge gilt der zunehmenden Anzahl von verhaltensauffälligen, missbrauchsgeschädigten oder gar in die Kriminalität abgleitenden Jugendlichen. In einem dichten Netz von Hilfestellungen für Gemeinden, Vereinen und Verbänden mit hohem persönlichen Einsatz der beteiligten Mitarbeiter versucht der Landkreis, Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Der sogenannte „Brennpunktetopf“ zur Unterstützung der Gemeinden an besonders auffälligen Jugendszenen wurde verdoppelt. Künftig wird der Präventionsarbeit noch größere Bedeutung zukommen als bisher. Einen entscheidenden Beitrag bei der Heranführung von Jugendlichen an Lebensfähigkeit und gesellschaftliches Engagement leisten die Vereine mit ihrer Jugendarbeit.

Neben der Arbeit von Vereinen und Verbänden leisten die Kommunen mit ihrem Angebot selbst einen wesentlichen Beitrag. Aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen haben sich die familiären Strukturen verändert, so dass die Betreuung von Jugendlichen durch öffentliche Stellen intensiviert werden muss. An allen Hauptschulen des Landkreises wird inzwischen Schulsozialarbeit geleistet.

Die offene Jugendarbeit leistet einen sinnvollen Beitrag zur Freizeitgestaltung. Die CSU sieht hierin die Chance, den jungen Menschen parallel zum Freizeitangebot zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten zu bieten.

Optimale Bildungschancen sind die Grundlage für das eigenverantwortliche und sozialverträgliche Leben in der Zukunft. Die CSU fordert vermehrt lokale Bündnisse (aus Schulen, Betrieben, Jugendhilfeeinrichtungen/Jugendamt), die verstärkt Anreize für eine Arbeitsaufnahme setzen können.

## **Auf Sport gründet Lebensqualität**

Die Arbeit der vielen Sportvereine ist aus dem Leben in unserem Landkreis nicht wegzudenken. Grundlegende Bedürfnisse der Menschen nach Spiel und Bewegung, nach Spaß und menschlichem Miteinander, nach Gesundheit und Geselligkeit, nach

Anstrengung und Erfolg, nach sozialem Einsatz und Selbstbewährung werden im Sport befriedigt. Er erzieht zu Toleranz, Kameradschaft, Solidarität und Fairness und fördert Leistungsbereitschaft und Leistungswillen. Gerade für Kinder und Jugendliche bieten die Sportvereine mit ihrem breiten Angebot die Möglichkeit, sich sinnvoll zu betätigen. Im Sportverein erfahren viele Kinder und Jugendliche wichtige Sozialisationsprozesse, sie erleben Zusammenhalt, Erfolg und Misserfolg, sie übernehmen Verantwortung und lernen in der Gemeinschaft zu leben. Die CSU setzt sich für folgende Maßnahmen zur Sportförderung durch den Landkreis ein:

- Erhalt der Übungsleiterzuschüsse als freiwillige Leistung des Landkreises
- Unterstützung der Sportvereine bei der Jugendarbeit
- Ideelle und finanzielle Unterstützung des Kreissportfestes und der Sportlehrer
- Überlassung kreiseigener Sporthallen außerhalb des Schulbetriebes an Sportvereine zu möglichst günstigen Konditionen

## **Kultur prägt Identität**

Das kulturelle Leben leistet einen wesentlichen Beitrag zur Identitätsfindung im Landkreis Ebersberg. Kulturförderung erstreckt sich auch auf Volks- und Laienkultur. Das musische und kreative Potential unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger soll sich weiterhin in Musikgruppen, Chören, Laientheatergruppen sowie in Vereinen, in denen künstlerische Betätigung gepflegt wird, entfalten können. Kleinkunsth Bühnen und kleine Theater im Landkreis stellen eine wichtige Ergänzung der großen staatlichen Theater in München dar. Mit ihrer Unterstützung wird ein flächendeckendes Kulturangebot auch auf dem „flachen Land“ gesichert.

Auch in Zukunft sollte der Landkreis seinen Beitrag zur Denkmalpflege leisten, um die zum Teil äußerst wertvollen Zeugnisse der Baukunst früherer Jahrhunderte auch für künftige Generationen zu erhalten.



## **Initiative für Bürgerstiftung**

Die CSU im Landkreis unterstützt die Idee zur Gründung einer Bürgerstiftung im Landkreis Ebersberg mit dem Namen „Bürgerstiftung Landkreis Ebersberg“. Ziel ist, die gemeinnützige und mildtätige Anerkennung der Bürgerstiftung Ebersberg. Die Stiftung soll sich für Alte und Junge, für Menschen mit Behinderungen, für kranke und bedürftige Landkreisbürgerinnen und -bürger einsetzen sowie für Familien, welche in Schwierigkeiten geraten sind.

Mit der „Bürgerstiftung Landkreis Ebersberg“ soll eine neue Form bürgerschaftlichen Engagements begründet werden. Das Ziel ist es, einer größeren Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zu ermöglichen, ihre spezifischen Beiträge zum Gemeinwohl unter einem gemeinsamen Dach zu verfolgen. Der langfristige Aufbau des Stiftungsvermögens durch Zustiftungen sichert die finanzielle Unabhängigkeit einer Bürgerstiftung und gewährleistet die Kontinuität der Stiftungsarbeit. Auch sog. „Zeitstifter“, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren, sind willkommen. Mit den Erträgen des Stiftungsvermögens fördert oder initiiert die Bürgerstiftung eine Vielzahl unterschiedlicher, dem Gemeinwohl dienender Projekte. Sie versteht sich als Initiator, Koordinator oder Katalysator gemeinnütziger Aktivitäten im Landkreis Ebersberg. Darüber hinaus mobilisiert und koordiniert die Bürgerstiftung Ebersberg nicht nur finanzielle Mittel, sondern schafft und fördert neue Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement. Sie bietet den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit, sich mit Geld, Zeit und Ideen für das Gemeinwohl zu engagieren.

## **Verwaltung für den Bürger**

Das Landratsamt hat als Nahtstelle zwischen Staat und Bürgern eine besondere Funktion. Dementsprechend steht die CSU für eine moderne, bürgernahe Landkreisverwaltung. Die Mitte der 90-er Jahre von Hans Vollhardt initiierte Verwaltungsreform soll vervollständigt und weiterentwickelt werden. Das Landratsamt Ebersberg hat unter außerordentlich hohem Engagement seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den

größten Teil des Weges von einer Behörde zu einem Dienstleistungszentrum für die Bürgerinnen und Bürger bereits zurückgelegt. Dies beweisen u.a. die zahlreichen Auszeichnungen, die das Landratsamt Ebersberg in den vergangenen Jahren erhalten hat. Eine weitere Flexibilisierung der Öffnungszeiten, die Nutzung moderner Kommunikations- und Informationstechnologien und der weitere Abbau überflüssiger Bürokratie soll in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden.

Mit der Einführung der Doppik als Alternative zur kameralistischen Haushaltsführung zum 01.01.2005 als erster Landkreis in Bayern haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes Ebersberg Pionierarbeit geleistet. Zahlreiche umstellungswillige Kommunen in Bayern und dem gesamten Bundesgebiet holen sich Rat im Landratsamt Ebersberg. Mit der Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente in das kommunale Haushaltswesen wurde ein effektiver und ergebnisorientierter Umgang mit den knapper werdenden Finanzressourcen und eine neue Qualität der Verwaltungssteuerung erreicht. Die Anpassung der Struktur der Kreisgremien an ihre künftige Budgetverantwortung sollte mutig umgesetzt werden.

## **Aktiver Katastrophenschutz**

Die Überschwemmungen der Jahre 2002 und 2005 haben gezeigt, dass auch der Landkreis Ebersberg von Naturkatastrophen heimgesucht werden kann. Insbesondere im Jahre 2002, in dem Gemeinden des Landkreises von Überschwemmungen direkt betroffen waren, hat der Landrat gezeigt, wie schnell und unbürokratisch in derartigen Fällen betroffene Bürgerinnen und Bürger von der Landkreisverwaltung Hilfe erwarten können. Zur Vorbereitung auf künftige Katastrophenfälle ist die Feuerwehrrführung auf Kreisebene vom Landkreis mit optimalem technischen Gerät auszurüsten. Der Fort- und Weiterbildung der Feuerwehrdienstleistenden und der Angehörigen anderer Hilfsorganisationen schenkt die CSU besonderes Augenmerk.

## Solide Finanzen

Der Landkreis erfüllt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages als zweite kommunale Ebene für unsere Bürgerinnen und Bürger wichtige, zum Teil sehr teure Aufgaben, die die kreisangehörigen Gemeinden alleine nicht schultern könnten. Der Landkreis finanziert sich im Wesentlichen über die Kreisumlage, die von den Gemeinden aufzubringen ist. Gegenüber den Gemeinden ist er nicht Bittsteller, sondern Leistungsträger und Erbringer der Kommunalaufgaben der zweiten Ebene. In den vergangenen Jahren hat sich infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung auch die finanzielle Situation des Landkreises wieder entspannt. Die entstandenen finanziellen Spielräume müssen dazu genutzt werden, Schulden abzubauen, wichtige zukunftsgerichtete Investitionen, z.B. in Schulen und eine moderne Kreisklinik, zu tätigen und für schlechtere Zeiten Rücklagen zu bilden. Es darf im Finanzverhältnis des Landkreises zu seinen Gemeinden keine Schiefelage dahingehend entstehen, dass die kreisangehörigen Gemeinden schuldenfrei sind oder sogar Rücklagen bilden können und der Landkreis wegen der für alle wichtigen Investitionen immer weiter in die Verschuldung gerät. Eine zu hohe Verschuldung des Landkreises muss auch deshalb vermieden werden, weil sie ansonsten in späteren Zeiten in Form von Zins- und Tilgungsleistungen auf die kreisangehörigen Gemeinden in verstärkter Form zurückzufallen.

Der kommunale Finanzausgleich in Bayern soll die strukturellen Unterschiede zwischen Landkreisen in wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwächeren Räumen abmildern. Nach der Rechtsprechung des Bayer. Verfassungsgerichtshofes sollen durch den Finanzausgleich die Abstände in der Finanzausstattung von Landkreisen in wirtschaftlich starken zu denen in schwachen Regionen verkürzt werden. Eine Nivellierung oder gar Übernivellierung ist dagegen nicht zulässig. Die CSU im Landkreis Ebersberg hält den bayerischen kommunalen Finanzausgleich für dringend reformbedürftig, da der Landkreis Ebersberg seit vielen Jahren unter einer massiven Übernivellierung leidet. Im Jahr 2007 liegt der Landkreis Ebersberg bei der Steuerkraft seiner Bürger an vierter Stelle von 71 Landkreisen in Bayern. Nach Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs findet er sich an 44. Stelle wieder. Diese krasse Übernivellierung zu Ungunsten des Landkreises Ebersberg darf nicht länger hingenommen werden.